Gegen Nazibetriebszellen schaft antifaschistische Betriebswehren und RGO-Betriebsgruppen!

Die Nationalsozialisten erlassen in ihrem „Freiheitskampf" einen Aufruf, in allen Betrieben nationalsozialistische Betriebszellen zu bilden und die Betriebsrätewahlen vorzubereiten. Bei der vor wenigen Tagen stattgefundenen Betriebsrätewahl der Hafengesellschaft in Stettin traten die Nationalsozialisten mit einer eigenen Liste auf. War der Erfolg, den sie erzielten, auch gering (8 Prozent der abgegebenen Stimmen), so ist dieses Resultat doch zu beachten. Als treueste Stütze des Unternehmertums erhalten die Nazileute in den Betrieben nicht nur völlige Freiheit bei der Verteilung ihres Wahlmaterials, sie werden darüber hinaus noch von den Unternehmern finanziell unterstützt. Durch ihren Wahlerfolg angespornt, glauben die Nationalsozialisten nun zur Eroberung der Betriebe übergehen zu können. „Jeder Betrieb eine Faschistenburg!" ruft der „Freiheitskampf" aus. Mit denselben radikalen Phrasen, mit denen sie ihren Wahlerfolg ergatterten, versuchen sie auch in den Betrieben, die Arbeiter für sich einzufangen. Dort stellen sie sich hin als die „Kämpfer" um höheren Lohn und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Daß die Nazis genau so wenig wie die Reformisten einen „Kampf" um diese Forderungen führen werden, haben die Streiks in Mansfeld, Nordwest und bei der Vomag in Plauen gezeigt. Gemeinsam mit den reformistischen Gewerkschaftsbonzen erblickten die Leiter der Nazis ihre Aufgabe darin, jede Kampfhandlung der Arbeiter zu unterbinden, und als die Arbeiter trotzdem zum Streik griffen, Streikbrecherkolonnen zu organisieren. „Kampf" gegen das Kapital nur in Worten. In der Praxis Verteidigung der Unternehmerinteressen und der kapitalistischen Herrschaft. Daß die Nationalsozialisten nur mit Lug und Trug arbeiten, hat am Dienstag der Naziabgeordnete Studentkowski im Sächsischen Landtag mit aller Klarheit ausgesprochen, indem er erklärte:

„Glauben Sie, daß es möglich ist, daß man 6½ Millionen Menschen hinter seiner Fahne sammeln kann, wenn man ihnen immer nur Scheinmanöver vormacht?"

Scheinmanöver bezeichnet dieser Naziabgeordnete den elenden Betrug der Nazis an der Bevölkerung. Ein niederträchtiges Manöver ist es, was jetzt die Nazis in den Betrieben durchführen mit ihren Versprechungen, die sie den Arbeitern machen, selbst überzeugt davon, daß sie nicht eine der Versprechungen einhalten werden. Die Arbeiter bei Seidel u. Naumann haben, als dort die Nazis Blumentöpfe gewinnen wollten, die richtige Antwort gegeben. So muß es auch die Arbeiterschaft der übrigen Betriebe machen. Ueberall, wo die Nazis in den Betrieben auftreten und ihre Zellen zu gründen versuchen, müssen die Arbeiter geschlossen zusammenstehen und diesen Kapitalsknechten die richtige Antwort geben. Gelingt es den Nationalsozialisten, ihre faschistischen Betriebszellen aufzubauen, so wird es dem Unternehmer ein leichtes sein, in noch brutalerer Weise gegen die Arbeiter vorzustoßen, die Löhne abzubauen, verschärfte Rationalisierungsmethoden durchzuführen und die Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Deshalb muß die Arbeiterschaft ihre Gegenmaßnahmen treffen. Eine einheitliche geschlossene Kampffront der Arbeiter der SPD, der KPD und der Parteilosen muß gebildet werden. Die antifaschistischen Betriebswehren müssen im Bündnis mit den RGO-Betriebsgruppen und den Betriebszellen der KPD die Kampforgane der Arbeiter im Betrieb gegen den Faschismus sein. **Darum bildet überall antifaschistische Betriebswehren, schließt euch zusammen im Kampfbund gegen Faschismus und setzt den Faschisten die eherne Front der revolutionären Arbeiter entgegen.**

Warum gleichen Lohn für gleiche Arbeit?

Eine Metallarbeiterin schreibt:

Als ich am Sonnabend meine „Arbeiterstimme" mit in den Betrieb brachte und den Kolleginnen den Tarifvertragsentwurf der revolutionären Metallarbeiter zeigte und sie besonders auf die die Arbeiterinnen betreffenden Forderungen hinwies, sah ich vielfach ein Kopfschütteln. Wieder andere Arbeiterinnen erklärten: Ja, das sind unsere Forderungen. Ein anderer Teil glaubte nicht, daß diese Forderungen durchgeführt werden könnten. Was enthalten diese für uns Arbeiterinnen? In den Artikeln über die Lohnsätze wird gesagt, daß der Lohn der männlichen und weiblichen Arbeiter bei gleicher Arbeit dieselbe Höhe haben muß, ferner, daß für Arbeiterinnen unter 18 Jahren die Sonntagsarbeit und Ueberstunden untersagt sind und daß die Nachtarbeit für alle Frauen verboten ist. Ich frage die Kolleginnen der Metallbetriebe: Sind diese Forderungen richtig? Entsprechen sie nicht dem, was wir tagtäglich in unseren Diskussionen zum Ausdruck bringen? Heute verrichten die Arbeiterinnen die gleiche Arbeit wie ihre Kollegen. Sie stehen am laufenden Band, müssen im selben Hetztempo arbeiten und werden durch die niederen Löhne, die sie erhalten, noch mehr ausgebeutet als die männlichen Arbeitskräfte. Die Forderung: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! wird nicht erst jetzt erhoben, sondern es ist eine alte Forderung in den Programmen der Gewerkschaften, die allerdings von den reformistischen Gewerkschaftsführern nie beachtet wurde. Erinnern wir uns doch an den Artikel von Fritz Kummer in der „Metallarbeiterzeitung", der gegenüber uns Arbeiterinnen eine Stellung einnahm, wie sie von den Unternehmern und den Nationalsozialisten eingenommen wird. Auch er wünscht, daß die Frauen nicht in die Fabrik gehen, sondern am Kochtopf stehen bleiben. Mit dieser konservativen Auffassung, die eine antisozialistische ist, haben wir Arbeiterinnen nichts gemein. Wir verlangen Gleichstellung auf allen Gebieten mit unseren männlichen Kampfgenossen. Wir verlangen, daß unsere Arbeit genau so hoch bewertet wird wie die unserer Arbeitskollegen. Das drücken die Forderungen der RGO der Metallarbeiter aus. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in den Betrieben vermehrt sich immer mehr. Bei den Wahlen zu den Betriebsräten schiebt man uns beiseite. Wir dürfen uns die Entrechtung nicht mehr länger gefallen lassen. Wir Arbeiterinnen gehören in eine Front mit unseren männlichen Klassengenossen. Wir wollen mit ihnen kämpfen für höheren Lohn, für Verkürzung der Arbeitszeit bei Lohnausgleich, für weitgehendsten Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutz. Darum müssen wir in den Betrieben, wo Arbeiterinnen beschäftigt sind, Arbeiterinnenkommissionen wählen, die Verbindung mit den roten Betriebsräten, mit den revolutionären Vertrauensleuten, mit den Betriebsgruppen der RGO die Mobilisierung der Arbeiterinnen im Kampf durchführen. **Beruft sofort die Arbeiterinnen in den Metallbetrieben zusammen! Wählt Arbeiterinnen-Kommissionen und nehmt Stellung zu dem im November in Berlin tagenden Reichskongreß der werktätigen Frauen! Kein Betrieb darf vorhanden sein, der auf diesem Kampfeskongreß nicht vertreten ist, denn dort werden die Arbeiterinnen aus den Betrieben über ihr Schicksal beraten und ihre Kampfesbeschlüsse fassen. Wir Metallarbeiterinnen wollen dabei an der Spitze stehen. Darum, Kolleginnen, an die Arbeit!**

RGO

Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre!

Morgen 19,30 Uhr im Brandenburger Hof

Fortsetzung der Diskussion über den Bericht vom 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale

Alle Partei-, Gewerkschafts- und Betriebs-Funktionäre müssen in dieser Sitzung anwesend sein

Textilarbeiterzeitung für Wirtschaftsaufstieg auf Kosten der Proleten

„Rettet die kapitalistische Wirtschaft!" Diesen Ruf kann man jeden Tag in der reformistischen Gewerkschaftspresse lesen. Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes „Der Textilarbeiter" vom 10. Oktober veröffentlicht einen Artikel „Katastrophe oder Aufstieg", der einen Rettungsruf für die Unternehmer darstellt. Nachdem man von der Einführung der 40-Stunden-Woche des öfteren spricht, erklärt man zum Schluß:

„Die Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Industrien und Gegenden des Reiches kann allerdings nicht ohne ein Höchstmaß von Solidarität aller Arbeiter herbeigeführt werden. Denn ob die Löhne, die heute in 6 Tagen verdient werden, auch in 5 Tagen zur Auszahlung gelangen können, ist noch sehr zweifelhaft."

Für diese Arbeitszeitverkürzung danken die Arbeiter Solidarität, für wen? Doch nur für die Unternehmer. Daß die Unternehmer eine Erhöhung der Löhne ganz gut ertragen können, zeigen die Riesenprofite, die sie jedes Jahr aus den Knochen der Proleten herauspressen und in die Taschen der Aktionäre stecken. Die Arbeiterschaft hat gar kein Interesse an der Rettung der kapitalistischen Wirtschaft, im Gegenteil, nur ein Interesse daran, das kapitalistische System zu stürzen und die sozialistische Bedarfswirtschaft aufzubauen.

Noch eine andere Stelle befindet sich in der gleichen Nummer dieser Zeitung, die das Einverständnis der Reformisten mit dem Lohnraub der Unternehmer zum Ausdruck bringt. In einem Artikel auf der ersten Seite: „Schließt euch an!" heißt es:

„Was war der Grund zum Streik in Uhingen? (Dort streiken seit 6 Wochen die Arbeiterinnen gegen Lohnraub, die Redaktion.) **Die Firma wollte eine Lohnsenkung vornehmen. Die angeblichen Ueberverdienste** (Wochenlöhne im Akkord von 22 bis 25 Mark, die Redaktion) **sollten abgebaut werden. Ob der Abbau zu Recht oder Unrecht erfolgen sollte, sei dahingestellt."**

Sind diese Worte nicht eine offene Verteidigung des Unternehmervorstoßes? Jeder Arbeiter weiß, daß die heutigen Löhne nicht zum Leben reichen, daß der Proletarier hungern muß, nicht in der Lage ist, sich anständig zu kleiden oder gar für seine Weiterbildung etwas auszugeben. Und da sagen die Reformisten mit ihren hohen Gehältern, man weiß nicht, ob der Lohnabbau doch nicht zu Recht besteht. Entsprechend dieser Stellungnahme gehen ja die Reformisten dazu über, überall den Unternehmern die Zustimmung zum Lohnabbau zu geben, und fallen den um ihre Lebensinteressen kämpfenden Textilarbeitern in den Rücken. Die Textilarbeiter ersehen aus diesen Aeußerungen, daß es ihre dringende Pflicht ist, in den Betrieben sich zusammenzuschließen und überall Betriebsgruppen der RGO zu bilden. Nur unter Führung der RGO werden die Arbeiter in der Lage sein, den Unternehmerangriff zurückzuschlagen und sich Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine 20 Pfennig betragende Stundenlohnerhöhung zu erkämpfen.

Die „Feigheit" des RGO-Vertreters im Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner

Dresden, 8. Oktober.

Noch immer war es so, daß, wenn die sozialfaschistischen Führer des Einheitsverbandes einen neuen Pakt des Verrates abschlossen, sie ihren Verrat durch eine wüste Verleumdung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verdecken versuchten. Der Betriebsratsvorsitzende Vogel (SPD) vom RAW Dresden-Friedrichstadt besaß die Stirn, in der letzten Mitgliederversammlung des EdE, Ortsgruppe Dresden, den Genossen Siegel der „Feigheit" zu bezichtigen. Was liegt dieser, nach der Dresdner Volkszeitung so sehr interessanten Mitteilung Vogels zugrunde? In der Sitzung des Bezirksbetriebsrates vom 25. September stand ein Vortrag des Direktors Lammertz von der RBD über die Gestaltung des Werkstättenwesens im 4. Ausgleichsbezirk. Der Vertreter der RBD erklärte gleich bei Beginn, daß er in einer Stunde nach Berlin müsse und er könne deshalb nur kurze Ausführungen machen. — Den kurzen Ausführungen Direktor Lammertz' schloß sich eine Aussprache an. Vogel begann ein hilfloses Gestammel, das die Arbeiterschaft zur Genüge kennt. Genosse Siegel stellte in der Aussprache ganz offen die politische und wirtschaftliche Frage, ging auf die Verwaltungsratssitzung der Reichsbahn-AG und ihre Beschlüsse ein. Siegel erklärte: Wir halten den Direktor Lammertz nicht für so naiv, daß er nicht diese politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Reichsbahn bis ins Letzte auf Grund dieser Beschlüsse erkenne. Weiter betonte Siegel, daß es Vogel nicht verübelt werden könne, als Vorsitzender des Betriebsrats beim RAW seine örtlichen Fragen zu stellen, aber daß es falsch sei, nur ein Werk herauszuziehen, sondern der Bezirksbetriebsrat habe die Aufgabe, für alle Kollegen einzutreten. Deshalb müsse auch wegen Zeitmangels des Direktors Lammertz schnellstens eine neue Sitzung mit der Tagesordnung über die Lage im 4. Ausgleichsbezirk stattfinden; denn die kurzen Ausführungen des Direktors in der Versetzungsfrage lassen deutlich erkennen, daß die Lage der einzelnen Werke im 4. Ausgleichsbezirk so ist, daß noch mehrere das Schicksal von Dresden-Friedrichstadt teilen werden. Diese Maßnahme zu verhüten, sei unsere Aufgabe und nach der Auffassung des Vertreters der Opposition auch eine Frage der Arbeitszeit. Also, Siegel hat „nicht den Mut besessen", dem Verwaltungsvertreter gegenüber die Forderungen der Opposition zu vertreten. Aber Vogel und alle seine Freunde haben in dieser Sitzung auch nicht ein Wörtchen zu den Ausführungen Siegels zu sagen gehabt. Nicht einmal der Bezirkssekretär Eller vom EdE hielt es für nötig, den Mund aufzumachen. Kein Wort hat er an Lammertz gerichtet. Nur weil Siegel nicht zum Ausdruck brachte, die 40-Stunden-Woche und den 7-Stunden-Tag soll Direktor Lammertz in Berlin vertreten, deshalb ist er „feig". O, diese armen Schlucker! Aber Vogel entdeckte diese verlogene Walze beinahe eine Woche später, dann, als ihm der Verrat seiner Bonzen unter die Nase gehalten wurde. Das Gebahren der SPD-Fraktion im Bezirksrat werden wir einer weiteren Würdigung unterziehen. Aber eins sei heute noch festgestellt: Vogel stimmte mit allen seinen Freunden im Vorjahr den Antrag der Opposition für die 40-Stunden-Woche nieder. Die Demagogen werden schnell gerichtet. Diese Gesellen haben wirklich kein Schamgefühl. Erklärte doch kürzlich der sattsam bekannte Hillbrecht, als eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern der eigenen Gewerkschaften, in der Ortsverwaltung für die 40-Stunden-Woche und den 7-Stunden-Tag vorstellig wurde:

„Was wollt ihr denn, ihr seid wohl verrückt?! Ihr könnt nicht einmal bei neunstündiger Arbeitszeit eure Verbandsbeiträge bezahlen."

So sehen diese Leute aus, und die Arbeiterschaft, vor allem auch viele Eisenbahner, haben ihnen bei der Reichstagswahl bereits die Quittung ausgestellt — weitere Quittungen werden folgen. Schon ist in den eigenen Reihen ein heilloses Durcheinander — die Eisenbahner erkennen den grenzenlosen Verrat. Doch darüber später mehr. Auch über die Frage, warum der altbekannte Beamtenrat Leibnitz auf der Vorschlagsliste zur Beamtenrätewahl nicht mehr erscheint, aber nicht etwa die „Schwerhörigkeit" Leibnitz' werden wir behandeln — sondern einen Ausschnitt aus einem sehr üblen Gebiet.

Herausforderung zum revolutionären Wettbewerb!

Die neugegründete Betriebszelle Meinhold u. Sohn in Plauen fordert die übrigen Betriebszellen des Bezirks Sachsen zum revolutionären Wettbewerb heraus

Durch den allgemeinen Vormarsch der Kommunisten gelang es auch bei Meinhold u. Sohn eine Betriebszelle der KPD zu gründen. In der konstituierenden Sitzung wurde ein Arbeitsplan aufgestellt, der die nächsten Aufgaben bis Ende November vorsieht. Es wurde folgender wichtiger Beschluß gefaßt:

„Die neugegründete Betriebszelle Meinhold u. Sohn in Plauen erkennt, daß nur die Kommunistische Partei Deutschlands die einzige Führerin des revolutionären Proletariats ist. Sie begrüßt den Beschluß der Partei, „Verstärkt den Kurs auf die Betriebe!", weil gerade die Betriebsarbeit die wichtigste Arbeit für die Organisierung der proletarischen Revolution ist. Sie beschließt daher, die Bezirksleitung Dresden der KPD zu ersuchen, alle Betriebe des Bezirks aufzufordern, sich an einem revolutionären Wettbewerb gegen die Betriebszelle Meinhold u. Sohn in Plauen, (Textil), zu beteiligen. Als Ziel ist gesetzt: 100 Prozent neue Parteimitglieder für die Zelle, 100prozentige Zunahme der Leser der kommunistischen Presse, Schaffung einer festen und aktiven RGO-Gruppe im Betrieb, Zusammenfassung roter Betriebsvertrauensleute. Der Wettbewerb soll am 7. November, dem Jahrestag der siegreichen russischen Revolution, abgeschlossen sein.

Die Betriebszelle appelliert an die revolutionäre Aktivität der übrigen Betriebszellen im Bezirk Sachsen und fordert dieselben auf, sich restlos an dem revolutionären Wettbewerb zu beteiligen und an die Bezirksleitung der KPD Sachsen in Dresden zu melden, damit die herausfordernde Betriebszelle durch die BL verständigt werden kann."

Diese Aufforderung der neugegründeten Betriebszelle Meinhold u. Sohn in Plauen muß ein Ansporn für alle übrigen Betriebszellen des Bezirks sein. Nehmt sofort Stellung in euren Zellensitzungen. Heran an die Arbeit für die Organisierung der proletarischen Revolution! Jeder Betrieb muß eine revolutionäre Festung werden!

Veranstaltungen der RGO

Das Büro der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) befindet sich jetzt Dresden-A., Rosenstraße 100. Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Industriegruppe Eisenbahner

Freitag, 10. Oktober, 17 Uhr (sofort nach Betriebsschluß): Wichtige Sitzung mit Materialausgabe im Restaurant „Zur Zippe", Marcolini-, Ecke Fröbelstraße.

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Schneller, M. d. R., Berlin; für Lokales und Feuilleton: Willi Fehner, Dresden; für Sport: Albert Zwicker, Dresden; für Inserate: Arthur Burkert, Dresden. — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. Druck: Peuvag, Druckereifiliale Dresden, Güterbahnhofstraße 2.